

Junginger + Partner GmbH

Verkehrsanlagen Siedlungswasserwirtschaft Ingenieurvermessung Stadtplanung Landschaftsplanung GIS- Systeme

Talhofstraße 12, 89518 Heidenheim an der Brenz

Landkreis Rems-Murr-Kreis
Stadt Murrhardt
Gemarkung Murrhardt

Begründung mit spezieller artenschutzrechtlicher Prüfung **zum Bebauungsplan und der** **Satzung über die örtlichen Bauvorschriften** **„Raiswasen-Ulrichswiesen“** Entwurf

Ausgearbeitet:
Heidenheim, den 04.05.2017 / 27.07.2017
Ingenieurbüro Junginger + Partner GmbH
Talhofstr. 12
89518 Heidenheim an der Brenz
Telefon (07321) 9843-0
Telefax (07321) 9843-13

INHALTSVERZEICHNIS

A.	Begründung zum Bebauungsplan	2
1.	Erfordernis der Planaufstellung	2
2.	Einfügung in die vorbereitende Bauleitplanung und in bestehende Rechtsverhältnisse	4
3.	Die Grenze des räumlichen Geltungsbereiches	4
4.	Der Bestand innerhalb und außerhalb des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes	4
5.	Erschließung und Verkehr	4
6.	Bauliche Nutzung	5
7.	Örtliche Bauvorschriften	6
8.	Naturschutzfachliche Beiträge	8
B.	Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung	9
1.	Rechtliche Grundlagen, Ansätze der saP	9
2.	Artenschutzrechtliche Beurteilung	10
3.	Resümee, Ausblick	13

A. Begründung zum Bebauungsplan

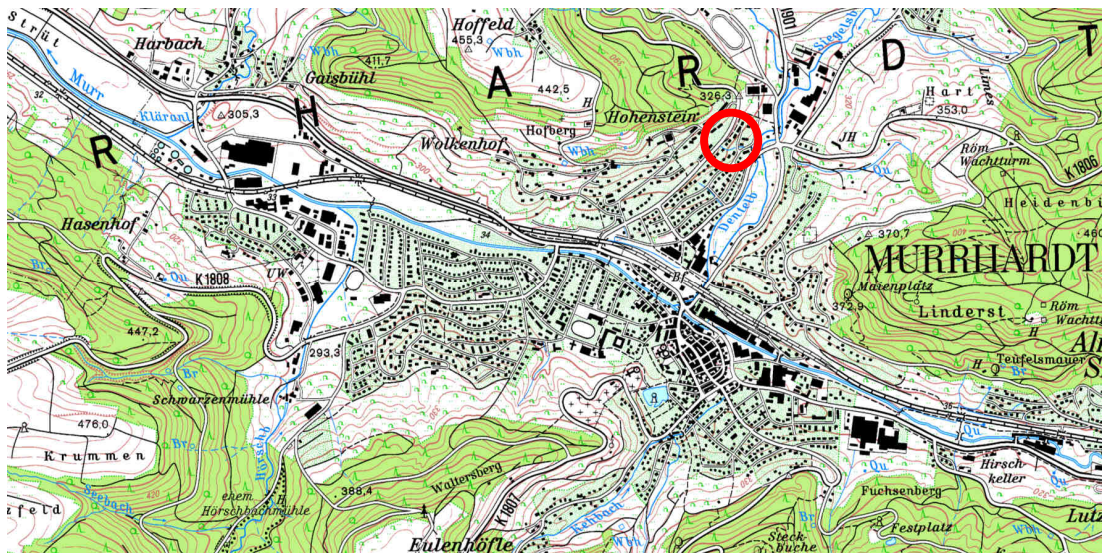
Begründung zum Bebauungsplan und der Satzung über die örtlichen Bauvorschriften "Raiswasen-Ulrichswiesen" in Murrhardt gem. § 9 (8) BauGB in Verbindung mit § 74 LBO.

Der Plan wird nach § 13a BauGB als „Bebauungsplan der Innenentwicklung“ im beschleunigten Verfahren aufgestellt. Die Größe des Geltungsbereichs der Änderung umfasst ca. 700 m². Somit liegt auch die überbaubare Grundstücksfläche weit unter der laut § 13a (1) BauGB genannten Grenze von 20.000 m².

1. Erfordernis der Planaufstellung

Der Eigentümer des Wohnhauses Robert-Franck-Straße 54 in Murrhardt möchte den Südostteil seines Grundstücks gerne seinen Kindern für eine Wohnhausbebauung zur Verfügung stellen. Geplant ist hier ein Doppelhaus.

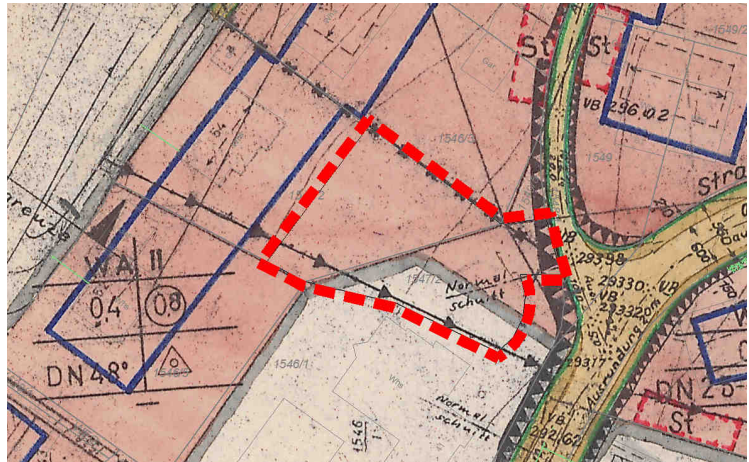
Der Geltungsbereich liegt im Norden Murrhardts zwischen der Einmündung der Emanuel-Hegenbarth- in die Justinus-Kerner-Straße und der Robert-Franck-Straße.



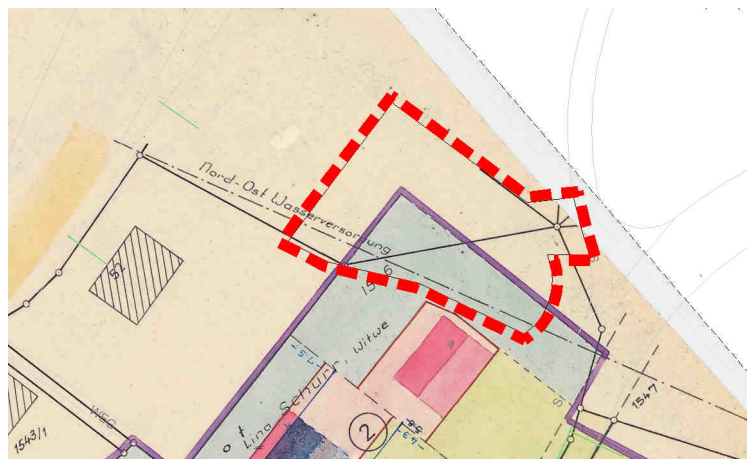
Übersichtslageplan: Lage des Geltungsbereichs (Quelle Topographische Karte TK25)

Derzeit stehen der Nachverdichtung jedoch zwei rechtskräftige Bebauungspläne entgegen. Im Bereich des anvisierten Grundstücksteils stoßen folgende verbindliche Bauleitpläne aneinander:

Im Süden liegt der Bebauungsplan „Ulrichswiesen-Nord“ vor (genehmigt am 19.09.1963). Nach Norden schließt sich der Bebauungsplan „Raiswasen“ an (letzte Änderung auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 30.09.1968).



Ausschnitt aus dem Bebauungsplan „Raiswasen“ (unmaßstäblich),
dick rot gestrichelt: Geltungsbereich neuer Bebauungsplan



Ausschnitt aus dem Bebauungsplan „Ulrichswiesen-Nord“ (unmaßstäblich),
dick rot gestrichelt: Geltungsbereich neuer Bebauungsplan
blaue Fläche: Bauverbot

Keiner der beiden Bebauungspläne sieht für den Geltungsbereich des hier in Aufstellung befindlichen Plans ein Baurecht vor.

Dennoch ist eine Nachverdichtung hier aus städtebaulichen Gründen sinnvoll, nicht zuletzt weil die vorhandenen Erschließungsanlagen genutzt werden können.

Nach den Bestimmungen des § 1 (5) BauGB soll die städtebauliche Entwicklung vorrangig durch Maßnahmen der Innenentwicklung erfolgen. Die Aufstellung des Bebauungsplans dient eben diesem Ziel und leistet einen Beitrag zur Vermeidung der Inanspruchnahme von Außenbereichsflächen.

Nach Plansatz 2.4.1.4 (Z) des Regionalplans Stuttgart 2009 befindet sich die Stadt Murrhardt in der Entwicklungsachse Stuttgart – Waiblingen/Fellbach – Backnang (- Schwäbisch Hall) und erfüllt als Unterzentrum eine Vorrangfunktion für verstärkte Siedlungstätigkeit.

Die Aufstellung des Bebauungsplans ist erforderlich, weil sie die Ausnutzung bestehender kleinräumiger Potenziale für eine Wohnnutzung ermöglicht.

2. Einfügung in die vorbereitende Bauleitplanung und in bestehende Rechtsverhältnisse

Der geltende Flächennutzungsplan 2005 der Stadt Murrhardt, genehmigt 19.11.1999, weist das Plangebiet als Wohnbaufläche aus. Die Planung ist somit aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

Die Festsetzungen stellen sicher, dass sich die zu erwartenden Vorhaben städtebaulich in den vorhandenen Kontext einfügen.

3. Die Grenze des räumlichen Geltungsbereiches

Die Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der Änderung ist dem Planteil zu entnehmen.

4. Der Bestand innerhalb und außerhalb des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

4.1 Lage und Topographie

Das Plangebiet liegt inmitten der Murrhardter Wohngebiete im Norden der Stadt. Das Gelände fällt steil nach Südosten hin ab. Zur Justinus-Kerner-Straße hin liegt eine steile und ca. 3 Meter hohe Böschung. Auch im Westen in Richtung des bestehenden Gebäudes steht eine markante Böschung an. Das Areal dazwischen ist nur mäßig geneigt.

4.2 Nutzung

Das Gebiet gehört zum Wohngebiet und wird als Privatgarten genutzt.

4.3 Eigentumsverhältnisse

Die Bauflächen des Plangebiets befinden sich im Eigentum privater Besitzer.

4.4 Vorhandener Baubestand

Innerhalb des Geltungsbereichs stehen keine Gebäude.

5. Erschließung und Verkehr

Das Plangebiet ist über die die Justinus-Kerner-Straße bzw. die Emanuel-Hegenbarth-Straße zugänglich.

6. Bauliche Nutzung

6.1 Art der baulichen Nutzung

Es wurde darauf geachtet, dass sich das neue Gebäude in die Umgebungsbebauung einfügt, deshalb wird hier ein „Allgemeines Wohngebiet“ festgesetzt, wie es auch im Bebauungsplan „Raiswasen“ festgesetzt ist.

Allerdings wurden die nach § 4 (3) BauNVO nur ausnahmsweise zulässigen Nutzungen ausgeschlossen. Dabei handelt es sich um Beherbergungsbetriebe, sonstiges nicht störendes Gewerbe, Verwaltungen, Gartenbaubetriebe und Tankstellen. Diese Nutzungen wären nicht im Sinne des tatsächlichen umliegenden Gebietscharakters. Insbesondere die ggf. notwendigen Stellplätze wären kaum unterzubringen.

Für die ausgeschlossenen Nutzungen stehen in der Stadt Murrhardt günstigere Standorte zur Verfügung.

6.2 Grundflächenzahl / Geschossflächenzahl

Als Grundflächenzahl wurde 0,4 gewählt; damit wird die Obergrenze des § 17 (1) BauNVO eingehalten. Das Maß entspricht dem Bebauungsplan „Raiswasen“ und übersteigt die Vorgabe des Plans „Ulrichswiesen-Nord“ leicht (dortige GRZ = 0,35).

Die Geschossflächenzahl wurde der Grundflächenzahl und der Zahl der möglichen Vollgeschosse entsprechend festgesetzt und dient ebenfalls der Einpassung der geplanten Wohnhäuser in die nähere Umgebung.

6.3 Zahl der Vollgeschosse, Höhenlage der baulichen Anlage und Gebäudehöhen

Durch die Festsetzung einer Erdgeschossrohfußbodenhöhe (EGFH) als Basis für die Bemessung der Traufhöhe wird ein Einfügen in die bestehende Bebauung und das Umfeld erreicht. Dies bedeutet, dass das Untergeschoss des voraussichtlich im Hang stehenden Gebäudes auch bei Ausnutzung der vollen Traufhöhe und der maximal zulässigen Geschosshöhe zusätzlich zur Talseite frei stehen kann. Aufgrund der Hanglage wird der Hauseingang voraussichtlich im Untergeschoss sein. Dennoch wird als Erdgeschoss das jeweils unterste Vollgeschoss definiert, also voraussichtlich das Stockwerk über dem „Keller“.

Für die Festsetzung der Ausgangshöhe wurde ein Spielraum von 0,50 m eingeräumt. Gemessen an den großen Höhenunterschieden wird eine Abweichung von der vorgegebenen Höhenlage nur wenig ins Gewicht fallen.

Bei Verschiebung der Lage des Gebäudes innerhalb des Baufensters soll die Erdgeschossrohfußbodenhöhe entsprechend der Hangneigung geändert werden.

6.4 Bauweise, Stellung der baulichen Anlagen

Es ist eine offene Bauweise vorgesehen. Dies fügt sich in die Umgebungsbebauung ein. Grundsätzlich sind Einzelhäuser und Doppelhäuser zulässig.

Auf die Vorgabe einer Firstrichtung wurde verzichtet. Die überwiegende Firstrichtung der Bestandsgebäude in der Umgebung ist im Südwesten mit Südwest-Nordost (hangparallel) vorgegeben. Östlich des Gebiets stehen dagegen einige Gebäude, deren First um 90° gedreht ist.

6.5 Flächen für Garagen und Stellplätze

Aus städtebaulichen Gründen sind die Garagen und Carports auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig. Grenzgaragen sind im Gebiet sinnvoll und üblich.

Sie sind jedoch 5,0 m von der Verkehrsfläche abzurücken, um zusätzliche Stellfläche zu schaffen und um die Einsehbarkeit in den öffentlichen Verkehrsraum zu gewährleisten. Es wird davon ausgegangen, dass eine Doppelgarage in den Hang gebaut wird und das Garagendach als Teil der Außenanlage nutzbar sein wird.

6.6 Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Befestigte Flächen, insbesondere Zufahrten und Stellplätze müssen möglichst wasserdurchlässig befestigt werden. Das Niederschlagswasser wird breitflächig in den Freiflächen um das Gebäude zur Versickerung gebracht, um die Belastung der Kläranlage und der Vorfluter zu reduzieren.

6.7 Mit Leitungsrecht belastete Flächen.

Im Plan ist ein Leitungsrecht zugunsten des Zweckverbands Wasserversorgung Nordostwürttemberg nachrichtlich eingetragen (3 Meter beiderseits der Leitungsachse). Dies dient dem Schutz und der Sicherung des Betriebs der überörtlichen Wasserleitung.

Darüber hinaus liegen für das Grundstück weitere Leitungsrechte vor, jedoch ohne einen genau definierten Leitungsverlauf vorzugeben. Es ist aber davon auszugehen, dass zur Durchleitung trotz des neuen Gebäudes genügend Platz bleibt.

6.8 Böschungen und Stützbauwerke an Verkehrsflächen

Beim Bau der Erschließungsstraßen entstandene Böschungen gehören zum Baugrundstück und müssen in die Gartengestaltung einbezogen werden. In der Regel werden die angrenzenden Grundstücke der Verkehrsfläche angeglichen, so dass im Endzustand keine Böschungen sichtbar sind.

Damit die öffentliche Verkehrsfläche auf volle Breite bis auf die Grundstücksgrenze ausgebaut werden konnte, kann es im Einzelfall notwendig gewesen sein, den Abgrenzungsstein direkt an die Grundstücksgrenze zu setzen. Die erforderliche Betonstütze hat der jeweilige Grundstückseigentümer ebenfalls zu dulden.

7. Örtliche Bauvorschriften

7.1 Dachform und Dachneigung

Die Festsetzung von Sattel- oder Walmdächern dient der Einbindung in den benachbarten Baubestand.

7.2 Einfriedungen

Aus städtebaulich-gestalterischen Gründen sind übermäßig hohe Einfriedungen zum öffentlichen Raum nicht erwünscht. Eine Begrenzung der Höhen dient nebenbei der Verkehrssicherheit. Insbesondere beim Ausfahren aus Garagen und Stellplätzen kann der rückwärtige Verkehrsraum so besser eingesehen werden und Kinder sind damit besser geschützt.

7.3 Aufschüttungen, Abgrabungen und Stützbauwerke

Gemäß § 2 (1) LBO sind die Aufschüttungen und Abgrabungen als bauliche Anlagen zu betrachten. Selbständige Aufschüttungen und Abgrabungen bis 2 m Höhenunterschied sind nach § 50 (1) LBO verfahrensfrei.

Grundsätzlich wird die Höhe der Grundstücke der Höhenlage der Verkehrsflächen angeglichen. Um jedoch zwischen den privaten Grundstücken keine unzumutbaren Beeinträchtigungen des jeweiligen Nachbarn auszulösen, sind selbständige Geländeänderungen nur bis maximal 1,5 m vom jetzigen Gelände zugelassen. Ausnahmen können genehmigt werden. Ansonsten werden Geländeänderungen im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben im Zuge des Bauantrags genehmigt.

Aus gestalterischen Gründen sind Stützbauwerke mit mehr als 1,0 m sichtbarer Höhe nur ausnahmsweise zugelassen, wenn die Topografie dies unbedingt erfordert.

Ausnahmen hiervon können zugelassen werden, da der Höhenunterschied zwischen natürlichem Gelände und gebauter Straße sehr groß ist.

7.4 Stellplätze

Die Anzahl der baurechtlich notwendigen Stellplätze ist in der Landesbauordnung festgesetzt. Die Stadt Murrhardt hat von der Ermächtigung der Landesbauordnung Gebrauch gemacht, die Anzahl der baurechtlichen notwendigen Stellplätze im Stadtgebiet nach den örtlichen Erfordernissen zu regeln. Daher ist die rechtskräftige Stellplatzsatzung der Stadt Murrhardt, in Kraft getreten am 15.06.1996, bei der Ermittlung der notwendigen Stellplätze anzuwenden.

8. Naturschutzfachliche Beiträge

8.1 Umweltbericht

Dieser Bebauungsplan wird nach den Bestimmungen des § 13a BauGB geändert. Er dient der Nachverdichtung.

Die überplante Fläche beträgt ca. 700 m². Somit bleibt auch die überbaubare Grundfläche weit unter der Schwelle von 20.000 m² (vgl. § 13a (1) Nr. 1 BauGB).

Weil die Nachverdichtung von Flächen mit bestehenden Baurecht zur Reduktion von Neuausweisungen im Außenbereich beiträgt, wurde zudem dem Flächenspargebot gem. § 1a (2) BauGB Rechnung getragen.

Anhaltspunkte für die Beeinträchtigung der in § 1 (6) Nr. 7 Buchstabe b genannten Schutzgüter (Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung und Europäische Vogelschutzgebiete) liegen nicht vor. Die Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird ebenfalls nicht begründet.

Eine Betroffenheit besonders oder streng geschützter Arten nach FFH-Richtlinie, Europäische Vogelschutzrichtlinie und BNatSchG ist nicht erkennbar.

Die förmliche Erstellung eines Umweltberichtes ist daher nicht erforderlich (vgl. § 13a (2) Nr. 1 i.V.m. § 13 (3) 1).

Dennoch sind die Belange des Umweltschutzes gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7 in der Abwägung zu berücksichtigen:

Die Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt sind voraussichtlich nicht erheblich, nicht zuletzt weil ausschließlich bereits bestehende Siedlungsflächen im Innenbereich nachverdichtet werden.

Natura-2000-Gebiete sind nicht betroffen. Durch das zusätzliche Baufenster werden keine mit dem bestehenden Wohnumfeld unverträglichen Nutzungen ermöglicht. Die Emissionen aus Heizung werden geringfügig zunehmen; die Nutzung erneuerbarer Energien wird durch den Bebauungsplan aber nicht tangiert. Die Umsetzung von Landschaftsplänen sowie sonstigen Plänen wird ebenfalls nicht berührt. Die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität ist nicht eingeschränkt.

Kulturgüter werden nicht tangiert. Störfallbetriebe werden durch den Bebauungsplan weder ermöglicht, noch wird eine Wohnnutzung im Umfeld von Störfallbetrieben ermöglicht.

8.2 Ökologischer Ausgleich

Außerdem gelten bei Einhaltung der 20.000 m² - Grenze Eingriffe, die auf Grund der Aufstellung des Bebauungsplans zu erwarten sind, als im Sinne des § 1a (3) 6 BauGB vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig.

Damit besteht keine Verpflichtung zur Durchführung eines ökologischen Ausgleichs (vgl. § 13a (2) Nr. 4).

8.3 Artenschutz

Im Gegensatz zu den o.g. umweltrechtlichen Regelungen im Baugesetzbuch bleiben die artenschutzrechtlichen Bestimmungen (§ 44 ff. BNatSchG) unberührt. Diese Belange sind zu prüfen.

B. Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung

1. Rechtliche Grundlagen, Ansätze der saP

Zum Schutz wild lebender Tier- und Pflanzenarten vor Beeinträchtigungen durch den Menschen sind auf gemeinschaftsrechtlicher und nationaler Ebene umfangreiche Vorschriften erlassen worden. Europarechtlich ist der Artenschutz in den Artikeln 12, 13 und 16 der Richtlinie 92/43/EWG des Rates zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen vom 21.05.1992 - FFH-Richtlinie - (ABl. EG Nr. L 206/7) sowie in den Artikeln 5 bis 7 und 9 der Richtlinie 79/409/EWG des Rates über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vom 02.04.1979 - Vogelschutzrichtlinie - (ABl. EG Nr. L 103) verankert.

„Das Tötungsverbot, das Störungsverbot sowie das Verbot der Beschädigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten geschützter Tierarten bzw. von Standorten geschützter Pflanzenarten sind dabei im Zusammenhang mit den typischen Wirkfaktoren von Eingriffsplanungen zu interpretieren. Dies umfasst u.a. Fragen zur Definition, Ermittlung und Abgrenzung von „lokalen Populationen“ und „Fortpflanzungs- bzw. Ruhestätten“ ebenso wie zur Prognose einer „signifikant erhöhten Mortalität“, einer „erheblichen Störung“ oder einer verbotsgegenständlichen „Beschädigung“ geschützter Stätten.

Eine zentrale Regelung für die Umsetzung der artenschutzrechtlichen Anforderungen bei Eingriffen stellt zudem § 44 Abs. 5 BNatSchG dar, wonach für zulässige Eingriffe das prüfgegenständliche Artenspektrum auf die Arten des Anhangs IV der FFH -Richtlinie sowie auf die europäischen Vogelarten eingeschränkt wird. Zudem liegt danach ein Verstoß gegen das o.g. artenschutzrechtliche Beschädigungsverbot nicht vor, soweit die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten – ggf. unter Hinzuziehung vorgezogener Ausgleichsmaßnahmen – im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird. Auch zur rechtskonformen Anwendung dieser Regelung sind verschiedene funktionale, räumliche und zeitliche Anforderungen zu berücksichtigen, nicht zuletzt, um die geforderte hohe Prognosesicherheit in den Prüfungen gewährleisten zu können.“¹

¹ http://www.bfn.de/0306_eingriffe-artenschutz.html (26.01.2015)

2. Artenschutzrechtliche Beurteilung

2.1 Datengrundlagen

Als Datengrundlage dient die Begehung und Kartierung am 24.03.2017 durch Landschaftsarchitekt und Stadtplaner Dipl.-Ing. (FH) Thomas Puschmann, Junginger + Partner, Heidenheim

Die Grundlage für die Bewertung und Einschätzung im Hinblick auf die womöglich betroffene und nicht betroffene Fauna beruht auf der vorgenommenen Begehung und der Ableitung anhand der vorhandenen Biotopstrukturen sowie deren Nutzung durch potentiell vorkommende bzw. auszuschließende Arten.

Zusätzlich wurden die verfügbaren Daten des LUBW-Servers ausgewertet.

2.2 Beschreibung

Die vorliegende Bebauungsplanung dient der Nachverdichtung eines bestehenden Baugebiets. Die Änderung erfolgt dahingehend, dass zusätzlich zu der bislang möglichen bzw. bestehenden Bebauung Platz für ein weiteres Haus bzw. ein Doppelhaus geschaffen wird. Gänzlich neue Siedlungsflächen werden nicht beansprucht.

Das Grundstück wird von frei wachsenden Hecken aus Ziersträuchern eingefasst (mit z.B. Forsythie, Duft-Schneeball, Säulen-Wacholder, Felsenbirne, Haselnuss, Eibe, Buchsbaum, Mahonie). Die Gehölze werden regelmäßig zurückgeschnitten. Nach Norden und Süden gehen die Hecken teilweise in die Bestände der Nachbargrundstücke über. In der Hecke stehen einige kleine Obstbäume. Höhlungen oder Rindenabplatzungen mit Potenzial als Lebensstätten wurden nicht festgestellt.

Noch im Luftbild erkennbar ist ein größerer Einzelbaum. Dieser wurde jedoch im letzten Winter gefällt. Dabei handelte es sich um einen Nussbaum.

Im Zentrum des Geltungsbereichs befindet sich noch ein mit Betonplatten eingefasster und im letzten Herbst vollständig umgegrabener Gemüsegarten.

Östlich des Grundstücks liegt ein Parkplatz. Die Grenze zwischen den Stellflächen und dem Garten wird durch eine gut 2 Meter hohe Stützmauer aus großformatigen, trocken aufgesetzten Natursteinblöcken gebildet. Der Südteil der Mauer ist weitgehend unbewachsen. Der Nordteil ist mit Bodendeckern (Zwerg-Felsenmispel) überwachsen und damit beschattet. Die Nordostecke des Grundstücks ist über eine Grasböschung erreichbar. Oberhalb der Mauer befindet sich ebenfalls eine frei wachsende Zierstrauchhecke.

Im Westen und außerhalb des Geltungsbereichs steigt das Gelände sehr steil zum bestehenden Haus hin an. Diese Böschung ist dicht mit kleineren Obstbäumen bestanden. Am Hangfuß befinden sich ein Haufen mit Häckselgut, ein Steinhaufen, eine Vogeltränke und Wasserfässer.

Die restlichen Flächen werden als verhältnismäßig extensiv gepflegter Rasen genutzt. Gebäude gibt es nicht.

Im Garten verteilt sind zahlreiche Vogelnistkästen. Am Haus befindet sich ein Fledermauskasten.

2.3 Pflanzenarten nach Anhang IV der FFH – Richtlinie

Im Untersuchungsraum wurde keine Pflanzenart des Anhang IV der FFH – Richtlinie nachgewiesen. Aufgrund der Nutzung als Hausgarten ist ein Vorkommen unwahrscheinlich. Damit werden hier keine Verbotstatbestände nach § 44 (1) BNatSchG erfüllt.

2.4 Tierarten nach Anhang IV der FFH – Richtlinie

Es gibt nach Aktenlage keine Nachweise von Tierarten nach Anhang IV der FFH – Richtlinie. Es gibt keine detaillierten, speziell auf das Bebauungsplangebiet bezogenen tierarten- und tiergruppenspezifischen Untersuchungen. Potentiell können jedoch folgende Tierarten im weiteren Untersuchungsraum vorkommen:

2.4.1 Fledermausarten

Nachweise für Fledermausarten liegen nicht vor. Aufgrund des Struktureichtums dient der Garten potenziell als Teil eines größeren Jagdhabitats. Sommerquartiere im Geltungsbereich sind aber auszuschließen. Baulichkeiten bestehen nicht.

Das Gebiet ist Teil eines größeren Gebiets, das insgesamt erhebliches Potenzial als Lebensraum für Fledermäuse aufweist. Hier sind vor allem die umfangreichen bestehenden Streuobstwiesen und sonstigen Gehölze im Bereich des nahen Ortsrandes und die Gebäude in Murrhardt in Betracht zu ziehen. Am bestehenden Wohnhaus befindet sich ein Fledermauskasten (bleibt hängen).

Durch die geplante Bebauung ändert sich an diesen vorhandenen Strukturen in der Ortslage bzw. der freien Landschaft jedoch nichts Erhebliches. Deshalb wird sich durch die geplante Bebauung der Erhaltungszustand der Fledermausarten voraussichtlich nicht verschlechtern.

Fledermäuse sind dämmerungs- und nachtaktiv. Es ist äußerst unwahrscheinlich, dass durch die Baumaßnahme einzelne Individuen getötet werden. Damit sind keine Verbotstatbestände nach § 44 (1) BNatSchG erkennbar.

2.4.2 Sonstige Säugetiere

Auch für die Säugetiere gilt, dass die Betroffenheit vieler Arten allein aufgrund des Verbreitungsgebiets oder der Tatsache, dass manche Arten in Deutschland als ausgestorben gelten, auszuschließen ist.

Lebensräume für die verbleibenden Arten wurden nicht vorgefunden. Somit kann hier keine Beeinträchtigung erkannt werden.

2.4.3 Kriechtiere

Aufgrund der Strukturen am Hang unterhalb des Wohnhauses ist ein Vorkommen von Reptilien nicht vollständig auszuschließen. Diese Strukturen liegen jedoch außerhalb des Geltungsbereichs und können erhalten werden.

Auch die Mauer an der Ostgrenze des Gebiets hat ein Potenzial als Reptilienlebensraum. Jedoch befindet sich nur der Nordteil der Mauer auf dem Baugrundstück. Gerade dieser Teil ist aber mit Bodendeckern überwachsen. Zudem ist die Mauer nach Osten exponiert.

Der allergrößte Teil der Mauer bleibt beim Bau erhalten. Dabei handelt es sich um den unbewachsenen Abschnitt.

2.4.4 Libellen

Das Fehlen von Gewässern im Gebiet gewährleistet auch, dass keine Libellen vom Baugebiet betroffen sein werden. Abgesehen von den nicht betroffenen Verbreitungsgebieten der relevanten Arten bleiben ausreichend Jagdhabitate für die Libellenfauna erhalten.

2.4.5 Schmetterlinge

Auch viele Schmetterlinge kommen im Gebiet nicht vor oder gelten als ausgestorben. Die Eiablagepflanze von Hellem und Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläuling, der Große Wiesenknopf, wurde bei den Begehungen des zukünftigen Baugebiets nicht angetroffen. Insofern ist eine Beeinträchtigung von Schmetterlingen nicht zu erwarten.

2.4.6 Fische, Schnecken und Muscheln

Diese Artengruppen sind wegen der fehlenden Gewässer und Feuchtlebensräume weder indirekt noch direkt betroffen.

2.4.7 Käfer

Eine saP-relevante Käferfauna ist ebenfalls nicht zu erwarten, da die relevanten Lebensräume ebenfalls nicht zu erwarten sind. Laubbäume mittleren Alters sind nicht vorhanden.

2.4.8 Bestand und Betroffenheit europäischer Vogelarten

Eine regelmäßige Brut von Vogelarten in den Bäumen und Sträuchern des Änderungsgebiets ist sehr wahrscheinlich. Aufgrund der innerörtlichen Lage kann jedoch davon ausgegangen werden, dass es sich dabei um Arten handelt, die im Siedlungsbereich allgemein häufig anzutreffen sind. Dabei besteht ein Potenzial etwa für Vögel wie Amsel, Garten- und Hausrotschwanz, Haussperling, Kohlmeise, Blaumeise, Stieglitz, Buchfink, Mönchsgrasmücke. Die Strukturen der unmittelbaren Umgebung (Streuobstwiesen, Straßenbäume, Siedlungsgebiet) bleiben jedoch erhalten, so dass dennoch davon ausgegangen werden kann, dass ein Verbotstatbestand gem. § 44 BNatSchG vermeidbar ist.

Dies setzt allerdings voraus, dass die Rodung von Bäumen und Strauchbeständen in den Wintermonaten erfolgt. Ausweichlebensräume sind in der näheren Umgebung in ausreichender Zahl vorhanden. Auch ist davon auszugehen, dass mit der Errichtung der neuen Häuser wieder Strukturen geschaffen werden, die Nist- und Nahrungsmöglichkeiten bieten.

3. Resümee, Ausblick

Im Vergleich mit ähnlich gelagerten Fällen ist aufgrund der vorgefunden Strukturen davon auszugehen, dass durch die geplante Bebauung keine Verschlechterung des günstigen Erhaltungszustandes von saP-relevanten Arten erfolgt.

Voraussetzung ist allerdings, dass Rodungsmaßnahmen in Übereinstimmung mit § 39 (5) Nr. 2 BNatSchG außerhalb der Vegetationsperiode im Zeitraum zwischen 1. Oktober und 28. Februar durchgeführt werden.

Die Kleinstrukturen am Hang unterhalb des bestehenden Wohnhauses sollen erhalten werden.

Bei dem vorliegenden stark geneigten Gelände wird erwartet, dass Stützmauern zur Geländesicherung erforderlich werden. Zumindest die nach Süden exponierten Mauern sollten als offenfugige Natursteintrockenmauern ausgeführt werden.